

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 4. April 1984
am Donnerstag, dem 5. April 1984

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann (CDU/CSU)	78, 79	Jungmann (SPD)	15, 16
Frau Blunck (SPD)	8	Kastning (SPD)	59, 60
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	70, 90	Kirschner (SPD)	3, 4
Buschfort (SPD)	100, 101	Dr. Klejdzinski (SPD)	32, 56
Carstensen (Nordstrand) (CDU/CSU)	95, 96	Krizsan (DIE GRÜNEN)	62
Catenhusen (SPD)	58, 97	Kuhlwein (SPD)	25, 26
Dr. Czaja (CDU/CSU)	64, 65	Lohmann (Witten) (SPD)	52, 53
Daweke (CDU/CSU)	41, 61	Meininghaus (SPD)	50, 51
Delorme (SPD)	27, 28	Menzel (SPD)	54, 55
Egert (SPD)	99	Müller (Schweinfurt) (SPD)	20, 92
Dr. Ehmke (Ettlingen) (DIE GRÜNEN)	71, 72	Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	21, 22
Dr. Ehrenberg (SPD)	29, 30	Müntefering (SPD)	46, 47
Eimer (Fürth) (FDP)	69	Neumann (Bramsche) (SPD)	7, 63
Fiebig (SPD)	39, 40	Paterna (SPD)	10, 11
Frau Fuchs (Verl) (SPD)	12, 66	Pauli (SPD)	13, 14
Gilges (SPD)	102, 103	Poß (SPD)	18, 19
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	84, 106	Rapp (Göppingen) (SPD)	86, 87
Dr. Hauchler (SPD)	35, 36	Frau Reetz (DIE GRÜNEN)	42, 43
Hedrich (CDU/CSU)	31	Reschke (SPD)	104, 105
Heistermann (SPD)	80, 81	Dr. Rose (CDU/CSU)	85, 98
Dr. Hirsch (FDP)	82, 83	Sauter (Epfendorf) (CDU/CSU)	93, 94
Dr. Hupka (CDU/CSU)	17, 73	Schmitt (Wiesbaden) (SPD)	48, 49
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	67, 68	Sielaff (SPD)	23, 24
Dr. Jannsen (DIE GRÜNEN)	37, 38	Dr. Steger (SPD)	1, 57

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Frau Steinhauer (SPD)	9	Weinhofer (SPD)	76, 77
Stiegler (SPD)	74, 75	Frau Weyel (SPD)	33, 34
Stutzer (CDU/CSU)	5, 6	Wolfram (Recklinghausen) (SPD)	88, 89
Waltemathe (SPD)	44, 45	Würtz (SPD)	2, 91

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	11
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	11
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	12
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	15

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Wie vereinbart es die Bundesregierung mit ihrer Innovations- und Technologietransferpolitik, daß beim Deutschen Patentamt laufend Stellen gestrichen werden, so daß der Zeitraum bis zur Patenterteilung auf 3,2 Jahre gestiegen ist und Patentauslegstellen in den Ländern als bestehende Technologietransferstellen geschlossen werden müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

2. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Muß ich die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Verteidigung, Dr. Rühl, vom 16. Februar 1984 so verstehen, daß in der Bundesrepublik Deutschland Schußversuche an lebenden Tieren vorgenommen werden?
3. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Kann die Bundesregierung einen Bericht des SPIEGEL Nr. 13/1984 bestätigen, wonach bei der Bundeswehr lebende Tiere zu Schießversuchen benutzt werden, und wenn ja, um wie viele Tiere handelt es sich pro Jahr?
4. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Zu welchen militärischen Versuchen werden Tiere benutzt?
5. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß Versuchstiere in Munster — z. T. ohne vorherige Betäubung — chemischen Kampfstoffen und radioaktiven Strahlungen, und an der Sanitätsakademie der Bundeswehr in München dem Hautgift Lost und Nervengiften ausgesetzt wurden, wenn ja, dienen diese Versuche ausschließlich therapeutischen Zwecken?
6. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß in Meppen bzw. in Munster unbetäubte Zwergschweine nicht nur aus nächster Nähe dem Geschützdonner großkalibriger Waffen ausgesetzt wurden, um moderne Hörschutzgeräte für Geschützbedienungen zu erproben, sondern auch scharf beschossen wurden, um die Wirkung von Schutzausrüstungen zu testen, und bei diesen Versuchen z. T. schwer verletzt wurden, wenn ja, hätten diese Versuche nicht an einer schmerzfreien Materie, wie z. B. besonders hierfür konstruierten Puppen — wie bei der Verkehrsunfallforschung — vorgenommen werden können?
7. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung die im Bericht vom 27. März 1984 der Sendung „Monitor“ behauptete Tatsache bestätigen, wonach britische Soldaten in der Bundesrepublik Deutschland speziell für den Einsatz in Nordirland ausgebildet werden?

8. Abgeordnete
Frau
Blunck
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, sich mit Hilfe von entsprechend geeigneten Schiffen der Bundesmarine in der Nordsee an der Suche nach 80 Fässern hochgiftiger Chemikalien zu beteiligen, die bei einem schweren Sturm Anfang Januar dieses Jahres von einem dänischen Frachter über Bord gegangen sind?
9. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Kurgäste und Bewohner von Bad Berleburg Lärmbelästigungen durch Tiefflüge von Militärflugzeugen ausgesetzt sind, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese Belästigungen abzustellen und um dem weiteren Gästerückgang wegen der Lärmbelästigung entgegenwirken zu können?
10. Abgeordneter
Paterna
(SPD)
- Gibt es eine Weisung oder eine Anordnung des Bundesministers der Verteidigung an die Präsidenten der Hochschulen der Bundeswehr, daß an Kriegsdienstverweigerer nach Artikel 4 Abs. 3 GG Lehraufträge an Hochschulen der Bundeswehr nicht erteilt werden dürfen?
11. Abgeordneter
Paterna
(SPD)
- Sieht sich die Bundesregierung für den Fall, daß es eine solche Weisung oder Anordnung nicht gibt, an einzelnen Hochschulen der Bundeswehr aber so verfahren wird, veranlaßt, darauf hinzuwirken, daß Kriegsdienstverweigerer grundsätzlich nicht bei der Vergabe von Lehraufträgen ausgeschlossen werden?
12. Abgeordnete
Frau
Fuchs
(Verl)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß das US-Verteidigungsministerium der Herstellerfirma des Luftabwehrsystems „Patriot“, Raytheon, den Auftrag erteilt hat, Veränderungen am „Patriot“-system zu erarbeiten mit dem Ziel, diesem System eine Abwehrfähigkeit sowohl gegen taktische Flugkörper als auch längerfristig gegen ballistische Mittelstreckenraketen zu verleihen?
13. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung die Fähigkeit zur konventionellen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland möglicherweise durch die Tatsache gefährdet, daß die Blutversorgung der Soldaten im Ernstfall durch das Sanitätswesen der Bundeswehr nicht gewährleistet bzw. nicht möglich ist?
14. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung dem Bericht der Wehrbereichsverwaltung IV über die Fachaufsichtsprüfung am 4. und 5. Dezember 1972 im Ernst Rodenwaldt-Institut in Koblenz bei, wonach monatlich gewonnenes Bluteiweiß im Werte von rund einer Million DM und mehr an einschlägige Werke verkauft würde?
15. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Militärische Abschirmdienst (MAD) auf Veranlassung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium der Verteidigung, Würzbach, die Wohnung des Staatsministers Möllemann nach Abhöreinrichtungen überprüft hat?

16. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Trifft es zu, daß die Zuständigkeit des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) spätestens nach der „Zentralen Weisung“ des Bundesministers der Verteidigung eindeutig auf die Bundeswehr beschränkt ist, und wenn ja, welche Konsequenzen dienstrechtlicher oder sonstiger Art hat die Bundesregierung aus dem Einsatz des MAD außerhalb der Bundeswehr gezogen?
17. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in einigen Bundesländern die Kultusministerien oder Schulverwaltungen sich weigern, die NATO als Verteidigungsbündnis im Unterricht zu behandeln, und kann die Bundesregierung mitteilen, um welche Bundesländer es sich handelt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

18. Abgeordneter
Poß
(SPD) Plant die Bundesregierung, im Bereich der Verursachung von Dioxin-Rückständen in der Muttermilch Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, Gesundheitsschädigungen von Kindern und Müttern vorzubeugen, und welcher Art sind gegebenenfalls diese Maßnahmen?
19. Abgeordneter
Poß
(SPD) Hat die Bundesregierung darüber hinaus Erkenntnisse über mögliche Dioxin-Rückstände in tierischer Milch vorliegen?
20. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD) Sind der Bundesregierung Untersuchungen der amerikanischen Umweltschutzbehörde EPA bekannt, wonach Methylbromid krebserregend wirken soll, und welche Konsequenzen gedenkt sie daraus zu ziehen?
21. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) Wie hoch sind die in 1983 durch die Änderung des Bundeskindergeldgesetzes erzielten Einsparungen, und wie hoch ist demgegenüber der zusätzlich notwendig gewordene Verwaltungsaufwand zu beziffern?
22. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) In welcher Höhe erwartet die Bundesregierung durch die Neuregelung des Kindergeldgesetzes in den nächsten fünf Jahren Einsparungen und Ausgaben für erhöhten Verwaltungsaufwand?
23. Abgeordneter
Sielaff
(SPD) Kann die Bundesregierung die Zahl der Pfarrer nennen, die in den letzten vier Jahren von Termin zu Termin wechselnd, einmal als ehrenamtliche Beisitzer Mitglied von Ausschüssen und Kammern für Kriegsdienstverweigerer waren und ein anderes Mal diesen Ausschüssen und Kammern als Beistand eines Antragstellers gegenüberstanden, wie die Bundesregierung in ihrer Antwort vom 15. März 1984 auf die Frage Nr. 89 (Plenarprotokoll 10/59) behauptet hat?

24. Abgeordneter
Sielaff
(SPD) Will die Bundesregierung mit der Bemerkung in der Antwort vom 15. März 1984 zur Frage Nr. 89 (Plenarprotokoll 10/59), der ehrenamtliche Beisitzer in den Ausschüssen und Kammern müsse sich für den Staat ein möglichst objektives, interessenfreies Urteil über das Vorliegen eines Gewissensgrundes im Sinne von Artikel 4 Abs. 3 GG bilden, unterstellen, daß Pfarrer und Religionslehrer, die bisher als Beisitzer tätig waren, dieses Kriterium nicht erfüllt haben?
25. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Aussage des Präsidenten des Hartmannbundes/Verbandes der Ärzte Deutschlands und der Landesärztekammer von Nordrhein-Westfalen, Professor Dr. Horst Bourmer, der die in der vom nordrhein-westfälischen Arbeits- und Sozialminister bekanntgemachten Studie der Pharmaindustrie enthaltene Aussage, nach der 950 000 von 8,1 Millionen Kindern in der Bundesrepublik Deutschland Psychopharmaka nähmen, auf die heutige Leistungsdruck-Situation zurückführt und vor den unabsehbaren Folgen warnt?
26. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Sieht die Bundesregierung angesichts des bekanntgewordenen Medikamentenmißbrauchs von Psychopharmaka durch Kinder und Jugendliche einen Anlaß, davor zu warnen, daß trotz ständig gestiegenen Anforderungen nach mehr Leistung und Leistungsorientierung in den Schulen und Universitäten verlangt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

27. Abgeordneter
Delorme
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß der von der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Südwest geplante Bau eines Leitwerks im Bereich der Nahemündung von Stadtrat und Verwaltung der Stadt Bingen sowie von der Binger Bevölkerung nahezu einhellig abgelehnt wird, und daß die Stadt angekündigt hat, gegen den in Kürze zu erwartenden Planfeststellungsbeschluß verwaltungsrechtliche Schritte einzuleiten?
28. Abgeordneter
Delorme
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Meinung der Stadt Bingen, daß der wirtschaftliche Nutzen der beabsichtigten Baumaßnahme wesentlich geringer sei als der zu befürchtende Schaden, zumal das Leitwerk nicht nur die Landschaft an einer der romantischsten Stelle des Rheins verschandele, sondern durch den Stau effekt auch die Hochwassergefahr erhöhe?
29. Abgeordneter
Dr. Ehrenberg
(SPD) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, ob die nach einer Meldung der Nord-West-Zeitung vom 16. August 1983 von Staatssekretär Dr. von Geldern zugesagten 120 000 DM zur Ausbaggerung des Fahrwassers von Harlesiel nach Wangerooze inzwischen bereitgestellt sind?

30. Abgeordneter
Dr. Ehrenberg
(SPD) Wieweit ist die bei derselben Besuchsreise von Staatssekretär Dr. von Geldern in Aussicht gestellte Klärung der umstrittenen Kompetenzfragen beim Harle-Fahrwasser fortgeschritten?
31. Abgeordneter
Hedrich
(CDU/CSU) Wie beabsichtigt die Bundesregierung nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg vom 2. Januar 1984 über die Nichtzuständigkeit der Landesbehörden betreffend die Gewährung von Ausnahmegenehmigungen zur Erweiterung einer Fahrerlaubnis der Klasse 4 (alt) auf eine Fahrerlaubnis der Klasse 3 diese Frage zu regeln?
32. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß eine der häufigsten Verletzungsursachen für Kinder bei Fahrradstürzen die ungeschützten Enden der Fahrradlenkstangen sind, die zu Milzrissen führen und oft die Entfernungen dieses Organs nach solch einer Verletzung erforderlich machen, und wenn ja, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung z. B. durch eine Auflage, die Fahrradhersteller zur Herstellung eines kugelförmigen und mit einer Knautschzone versehenen Sicherheitsgriffs am Fahrradlenker zu verpflichten?
33. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die B 54 im Abschnitt Schiesheim-Diez Unfallschwerpunkt ist mit 3 Toten, 43 Schwerverletzten und 90 Leichtverletzten in den letzten vier Jahren, und sieht sie unter diesen Umständen eine weitere Belastung dieser Straße durch Verlegung des Personenverkehrs von der Schiene auf die Straße für vertretbar an?
34. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD) Welche Kosten würden bei einem Ausbau der B 54 im Abschnitt Schiesheim-Diez zur Verbesserung der Verkehrssicherheit entstehen, und wie verhalten sich diese Kosten zu denen für Aufrechterhaltung des Personenverkehrs der Deutschen Bundesbahn im Abschnitt Limburg-Kettenbach?
35. Abgeordneter
Dr. Hauchler
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Deutsche Bundesbahn ihre Aktion „rosaroter Elefant“ mit einem kostenlos ausliegenden Sonderdruck der „Bild“-Zeitung bekannt macht und damit wettbewerbsverzerrend auf den Pressemarkt einwirkt, und wie hoch ist die Auflage des „Bild“-Sonderdruckes?
36. Abgeordneter
Dr. Hauchler
(SPD) Welche Kosten verursacht die Werbeaktion insgesamt, und welchen prozentualen Anteil an den Kosten trägt der Springer-Verlag?
37. Abgeordneter
Dr. Jannsen
(DIE GRÜNEN) Auf welche Entscheidungen stützt sich die Bundesregierung bei dem Erlaß des Bundesministeriums für Verkehr vom 27. Januar 1984 bezüglich der Linienführung der B 211 neu, die das Feuchtgebiet „Bornhorster Wiesen“ bei Oldenburg durchqueren soll?
38. Abgeordneter
Dr. Jannsen
(DIE GRÜNEN) Welche Belange des Natur- und Landschaftsschutzes wurden zur Erstellung des Erlasses vom 27. Januar 1984 in welcher Weise berücksichtigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

39. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) Hat der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen technische Vorschriften für Sicherheitsglas zum Einbau in Fernsprechkäbchen erlassen, wenn ja, welche?
40. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) Seit wann sind möglicherweise derartige Vorschriften in Kraft, und wo sind sie veröffentlicht?
41. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Warum bietet die Deutsche Bundespost ihren Kunden Telefonmodelle, wie beispielsweise das Modell „KIEL“ an, wenn die Fernmeldeämter nicht in der Lage sind, das Gerät zu beschaffen und bei den Kunden anzuschließen?
42. Abgeordnete
Frau Reetz
(DIE GRÜNEN) Wie hoch sind die bisher für die Digitalisierung des Fernsprechnetzes vergebenen Auftragsvolumina an die Firmen Siemens (System EWSD) und Standard Elektrik Lorenz (System 12), und wie hoch sind die Kosten pro Fernsprechleitung (Fernsprechan-schluß) getrennt für jedes System?
43. Abgeordnete
Frau Reetz
(DIE GRÜNEN) Nach welchen politischen Kriterien genehmigt die Deutsche Bundespost (DBP) Stempelaufdrucke neben den Briefmarken z. B.
„Traditions-Verband
290. Inf. Div.
12. Mai 1984 (mit Schwerteindruck)
11. Bundestreffen
POSTFACH 1701
2870 Delmenhorst“,
und beabsichtigt die DBP neben der Briefmarke „30 Jahre Bundeswehr“ auch das Thema Kriegsdienstverweigerung im Rahmen der Grundideen der Demokratie zu behandeln?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

44. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD) Wann beabsichtigt die Bundesregierung den als Referentenentwurf vorliegenden Gesetzesentwurf zur Vereinfachung wohnungsrechtlicher Vorschriften (Wohnungsrechtsvereinfachungsgesetz 1984) einzubringen?
45. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung durch die Einführung der „vereinbarten Miete“ die Abschaffung der langfristigen Mietpreis- und Belegungsbindung im sozialen Wohnungsbau, und wird durch die Einführung eines neuen Mietenbegriffs im Zweiten Wohnungsbaugesetz tatsächlich eine Vereinfachung wohnungsrechtlicher Vorschriften herbeigeführt?
46. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, mit der Einführung einer „vereinbarten Miete“ (Abweichung von der Kostenmiete) einen jährlichen Anpassungsmechanismus einzuführen, der auf dem Mietenindex des Bundesgebietes beruht?

47. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Ist der Bundesregierung die negative Haltung der Deutschen Bundesbank zu indexgebundenen Preissteigerungen bekannt, und wie läßt sich eine Indexmiete mit den Bemühungen der Bundesregierung um eine Antiinflationpolitik vereinbaren?
48. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD) Ist es richtig, daß die Bundesregierung als Alternative zur Einführung einer „vereinbarten Miete“ (Indexmiete) im öffentlich geförderten Wohnungsbau eine Staffelmiete einführen will?
49. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD) Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung bisher mit dem neu eingeführten Instrument der Staffelmiete im freifinanzierten Wohnungsbau sowohl im Bestand als auch bei Neubauten gemacht?
50. Abgeordneter
Meininghaus
(SPD) Wie löst die Bundesregierung im vorgesehenen Wohnungsrechtsvereinfachungsgesetz die Frage, daß neben den vereinbarten Steigerungen der Miete durch den Bauherrn auch Mieterhöhungen durch wegfallende Zins-, Annuitäts- und Aufwendungshilfen entstehen?
51. Abgeordneter
Meininghaus
(SPD) Gilt die Kappungsgrenze von 30 v. H. Mieterhöhung innerhalb von drei Jahren auch für die sich insgesamt ergebenden Mieterhöhungen aus der vereinbarten Miete im vorgesehenen Wohnungsrechtsvereinfachungsgesetz?
52. Abgeordneter
Lohmann
(Witten)
(SPD) Hält es die Bundesregierung für realistisch, daß viele Wohnungsunternehmen von der im Wohnungsrechtsvereinfachungsgesetz vorgesehenen Bildung größerer Wirtschaftseinheiten (Unternehmensmiete) Gebrauch machen werden, und wie beurteilt sie das Verhältnis von Aufwand und Nutzen bei der Einführung der Unternehmensmiete?
53. Abgeordneter
Lohmann
(Witten)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Kontrolle der Mietpreisbildung bei der Unternehmensmiete durch die Mieter?
54. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Befürchtet die Bundesregierung bei der Einführung der Unternehmensmiete keine Wettbewerbsverzerrungen zwischen Wohnungsunternehmen, die innerhalb ihrer Bestände über ausgleichsfähige Wohnungen verfügen, und Unternehmen, deren Wohnungen ganz überwiegend aus den 70er Jahren stammen und somit nicht ausgleichen können?
55. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Was geschieht, wenn das Wohnungsunternehmen nach Bilden größerer Wirtschaftseinheiten Wohnungen verkauft?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

56. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Welche Ergebnisse bzw. Zwischenberichte liegen bisher aus dem vom Bundesminister für Forschung und Technologie geförderten Projekt der Arbeitsgruppe der Bergbau-Forschung über die Kohleentschwefelung durch Thiobacillen-Bakterien vor?

57. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wie hoch waren 1983 die Gesamtaufwendungen für Fusions-Forschung, aufgegliedert nach den Bereichen Universitäten, außer-universitären Forschungsaufwendungen in der Bundesrepublik Deutschland, EG-Zahlungen und internationalen Beiträgen?
58. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Kann die Bundesregierung die Zusicherung des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Probst einhalten, daß ein neues Programm Biotechnologie „etwa im Frühjahr 1984“ vorgelegt werde, angesichts der Tatsache, daß laut Beratungsübersicht 1983/1984 des Bundesministers für Forschung und Technologie der Sachverständigenkreis, der über ein langfristiges Gesamtkonzept bei der Fortschreibung des Programms Biotechnologie beraten soll, noch nicht gebildet worden ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

59. Abgeordneter
Kastning
(SPD) Trifft es zu, daß bei Ausscheiden von Teilnehmern aus einer laufenden Maßnahme des sogenannten Benachteiligtenprogramms für den folgenden Bewilligungszeitraum (Bewilligungszeitraum jeweils ein Jahr) die entsprechende Personalkostenerstattung durch die Bundesanstalt für Arbeit anteilig reduziert wird?
60. Abgeordneter
Kastning
(SPD) Wäre die Bundesregierung bereit, diesen finanziell wie auch in der pädagogischen Auswirkung unzumutbaren Zustand angesichts des in Zukunft bei vielen Maßnahmeträgern nicht mehr möglichen Ausgleichs durch eine neu beginnende Ausbildungsmaßnahme mit einer höheren Teilnehmerzahl als mindestens zwölf zu beheben?
61. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Wann wird die Bundesregierung den in der Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 angekündigten Bericht über ihre Politik zur Sicherung der Zukunftschancen der Jugend in Ausbildung und Beruf vorlegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

62. Abgeordneter
Krizsan
(DIE GRÜNEN) Auf Grund welcher besonderen Situation soll der Bundesminister des Auswärtigen bei seinem Besuch in Argentinien von 13 (in Worten: dreizehn) Sicherheitsbeamten begleitet werden, und welche Sparmaßnahmen liegen dem Beschluß zugrunde, jedem dieser Sicherheitsbeamten ein Einzelzimmer zu reservieren?
63. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD) Lassen das NATO-Truppenstatut oder andere vertragliche Vereinbarungen zwischen den NATO-Staaten zu, daß in einem Gastland Truppen für den konkreten Einsatz im eigenen Land ausgebildet werden, wie es von einem Teil der britischen Truppen, die in der Bundesrepublik Deutschland stationiert sind, behauptet wird?

64. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Gilt nach allen Ostverträgen und der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit den Ostblockstaaten die Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer zur Deutschlandfrage vom 13. September 1955 gegenüber dem Vertreter der Siegermacht Sowjetunion, Ministerpräsident Bulganin, auf die in Artikel 4 und in der Präambel des Moskauer Vertrages Bezug genommen wird (Drucksache VI/3156, II A 8), weiterhin, wonach „keine Anerkennung der derzeitigen territorialen Besitzstände“ erfolgt ist?
65. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß ein Staat im Rahmen des allgemeinen Völkerrechts über seine Staatsangehörigkeit grundsätzlich selbst zu bestimmen hat (vgl. Brief des Auswärtigen Amts vom 3. Februar 1984, 214–300.16), aber auch dabei die allgemeinen Regeln des Völkerrechts insoweit beachten muß, „daß zwischen dem Staat und seinen Angehörigen eine nähere tatsächliche Beziehung (genuin connection) besteht“ (so, neben anderen, auch Verdross-Simma, Universelles Völkerrecht, 1976, S. 577), und ist demgemäß der territoriale Bezug in Artikel 116 GG völkerrechtlich von größter Bedeutung?
66. Abgeordnete
Frau
Fuchs
(Verl)
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der Dislozierung sowjetischer Raketen vom Typ SS 21 und SS 22 in der DDR und CSSR und den geplanten und in Auftrag gegebenen Veränderungen am Luftabwehrsystem „Patriot“?
67. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Treffen nach den Erkenntnissen der Bundesregierung Meldungen in der Presse zu, nach denen die irakischen Streitkräfte im Krieg mit dem Iran chemische Kampfstoffe einsetzen, die aus der UdSSR stammen, und daß diese Waffen bereits zu schweren Verletzungen und zum Tod von Menschen geführt haben, und um welche chemischen Kampfstoffe handelt es sich dabei?
68. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Hat das Ministerkomitee des Europarats die Empfehlung 972 (1983) der Parlamentarischen Versammlung des Europarats betreffend die Lage der deutschen Minderheit in der Sowjetunion vom 29. September 1983 bereits beraten, und welche Beschlüsse sind dazu auf Grund welcher Vorschläge der Bundesregierung bereits gefaßt worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

69. Abgeordneter
Eimer
(Fürth)
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung angesichts der sich in der letzten Vergangenheit häufenden Fechtunfälle die Möglichkeit der Unfallreduzierung durch den Einsatz der neuentwickelten Kunststoffklinge?
70. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über absichtliche Grenzüberflüge von Hubschraubern aus dem Bereich der DDR über das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Monaten vor?

71. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Ettlingen)
(DIE GRÜNEN) Inwieweit ist der Bundesregierung bekannt, daß bestimmte Firmen ausgetauschte, PCB-haltige Transformatoren an Kunden in Nicht-EG-Ländern verkaufen, anstatt sie ordnungsgemäß zu entsorgen?
72. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Ettlingen)
(DIE GRÜNEN) Kann die Bundesregierung jene Äußerungen bestätigen, die Vertreter der Firma AEG-Telefunken auf einer Informationsveranstaltung am 26. März 1984 in Bonn gemacht haben, wonach bereits eine Reihe von Dunkelgeschäften bei der Entsorgung von PCB aus Transformatoren, insbesondere dem kontaminierten Feststoff-Anteil, zu verzeichnen sind?
73. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen für eigene Erwägungen gedenkt die Bundesregierung daraus zu ziehen, daß in den Staaten des Warschauer Paktes die Zivilverteidigung Gegenstand des Unterrichts an den Schulen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

74. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) An welchen Orten Niederbayerns und der Oberpfalz bietet die Bundesregierung derzeit und demnächst Wohnungen aus dem Wohnungsbestand des Bundes in großem Umfange zum Verkauf an, und wird sie dabei immer den Mietern und/bzw. deren Kindern, hilfsweise den gemeinnützigen oder städtischen Wohnungsbaugesellschaften ein Vorkaufsrecht einräumen?
75. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Welche Konsequenzen wird die Veräußerung des Wohnungsbestandes des Bundes im großen Maßstab für die Beschäftigung bei den Außenstellen der Bundesvermögensämter in Niederbayern und in der Oberpfalz haben, und berät die Bundesregierung bereits mit den Personalvertretungen über die möglicherweise auch zu erwartenden personellen Konsequenzen dieser Verkaufsaktion?
76. Abgeordneter
Weinhofer
(SPD) In welchen Orten Bayerns werden bis zum 1. August 1984 wie viele bundeseigene Wohnungen zum Verkauf angeboten?
77. Abgeordneter
Weinhofer
(SPD) Wie wertet die Bundesregierung die Tatsache, daß bei einem Verkauf der bundeseigenen Wohnsiedlungen in Ingolstadt mit 310 Wohnungen sich die dortige Wohnungsmarktsituation durch die zu erwartenden Maßnahmen der neuen Eigentümer zu Lasten der einkommens- und sozialschwachen Mieter verschlechtert?
78. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) Hat das Bundesministerium der Finanzen mit der Deutschen Bundesbank bei der (laut Pressemeldungen erfolgten) Abrede über eine fristgemäße (§ 27 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank) vollständige Abführung des Bundesbankgewinns an den Bund eine Zinserstattung vereinbart oder wie hoch ist, falls dies nicht erfolgte, der Zinsverlust des Bundes durch eine ratenweise Auszahlung des sechs bis sieben Milliarden DM hohen Teiles des Bundesbankgewinns?

79. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) Mit welchen konkreten Schäden am gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht rechnet das Bundesministerium der Finanzen, wenn der Bund durch erforderliche Kreditaufnahmen den Kapitalmarkt belastet, statt seinen konkreten Kapitalbedarf aus dem Bundesbankgewinn zu befriedigen?
80. Abgeordneter
Heistermann
(SPD) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß auf dem Truppenübungsplatz Sennelager, so der Bericht des Fernsehmagazins Monitor (Sendung vom 27. März 1984) und der Lippischen Landeszeitung (Bericht vom 28. März 1984), eine Kampfanlage zur Ausbildung (offizieller Name: „NITAT“, Northern Ireland Tactical Training) britischer Soldaten für den Einsatz in Irland betrieben wird?
81. Abgeordneter
Heistermann
(SPD) Ist diese Kampfanlage durch deutsche Dienststellen genehmigt worden, und ist sie mit dem NATO-Truppenstatut vereinbar?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

82. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Welche Kriegswaffen im Sinne des Kriegswaffenkontrollgesetzes werden zur Zeit aus der Bundesrepublik Deutschland direkt oder im Rahmen von Kooperationsverträgen unter Beteiligung deutscher Firmen an Länder geliefert, die sich mit Israel im Kriegszustand befinden?
83. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Welche Anträge liegen der Bundesregierung zur Zeit von deutschen Unternehmen vor, die Lieferungen oder Kooperationen dieser Art zum Gegenstand haben?
84. Abgeordnete
Frau Dr. Hamm-Brücher
(FDP) Liegen bereits Anträge auf Waffenexport nach Saudi-Arabien vor, und wenn ja, für welche Waffen?
85. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Hat der Bundeswirtschaftsminister die im Interesse der deutschen Granitindustrie erforderlichen Gespräche mit der portugiesischen Regierung zum Thema „Granitimporte“ bereits geführt, und falls ja, mit welchem Ergebnis?
86. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD) Wie viele Zuwendungsleitstellen für die öffentlich geförderte Betriebsberatung gibt es, und nach welchen Kriterien werden Zuwendungsleitstellen ausgewählt?
87. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD) Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit der Arbeit der Zuwendungsleitstellen gemacht, und beabsichtigt sie Änderungen, z. B. einen Ausbau des Systems im Verbändebereich?
88. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, in dem „Handelsblatt“-Artikel, vom 26. März 1984, daß die „Bundesrepublik zu sehr von Mineralöl-Fertigprodukt-Importen abhängig wird“, und was gedenkt sie gegen eine solch gefährliche Tendenz zu tun?
89. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) Sieht die Bundesregierung das Risiko, daß die „voll integrierten Multis am besten gerüstet sind“ und die deutschen Firmen, Händler und Verbraucher eines Tages die Zeche auch für eine verfehlte Mineralölpolitik zahlen müssen und der Schaden für unsere Volkswirtschaft irreparabel wäre?

90. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Gibt es Informationen darüber, daß DDR-Außenhandelsorganisationen über Schweizer Gesellschaften, bei denen sie anteilmäßig beteiligt sind, versuchen, auf den innerdeutschen Handel spezialisierte Firmen in der Bundesrepublik Deutschland aufzukaufen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

91. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Sind dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ernsthafte Untersuchungen über Vegetationsschäden in der Bundesrepublik Deutschland an Ackerböden — entsprechend dem großräumigen Waldsterben — bekannt, und wenn nein, gibt es überhaupt Anzeichen auf Vegetationsschäden am Ackerboden?
92. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, in welchem Umfang Methylbromid in der Bundesrepublik Deutschland zur Bodendesinfektion verwendet wird, und inwieweit dadurch mit einer Bromanreicherung des Bodens zu rechnen ist?
93. Abgeordneter
Sauter
(Epfendorf)
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist das bisherige Aufkommen aus der Mitverantwortungsabgabe für Milch in den einzelnen Ländern der EG, und für welche Aufgaben wurden diese Mittel verwendet?
94. Abgeordneter
Sauter
(Epfendorf)
(CDU/CSU)
- Wie hoch waren bei nicht rechtzeitiger Verwendung die Rückflüsse, und ist eine anderweitige Verwendung der Mittel aus der Mitverantwortungsabgabe — etwa für den Abbau der Milchviehbestände in der EG — vorgesehen?
95. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)
- Wie hoch sind die Mittel, die aus der EG-Verordnung von 1983 für die Umstrukturierung der Fischwirtschaft zur Verfügung stehen, und wie sah der Mittelabfluß in den einzelnen Mitgliedstaaten aus?
96. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, die Ansiedlung und Ausdehnung von Aquakulturen bei uns zu fördern?
97. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, der Empfehlung des Abschlußberichts einer Studienkommission der Europäischen Vereinigung für Tierproduktion (EAAP) zu folgen und den Erhalt bedrohter Nutztierassen — wie es in 17 europäischen Ländern bereits erfolgt — mit öffentlichen Mitteln zu fördern, etwa durch Einrichtung besonderer Parks, um auf diesem Wege zum Erhalt der tierischen Genreserven in Europa, die durch die moderne Nutztierzucht immer stärker gefährdet werden, beizutragen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

98. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU)
- Ist sich die Bundesregierung der Tatsache bewußt, daß den deutschen Bauernsöhnen, die während des Zweiten Weltkrieges für das Vaterland in der Wehrmacht dienen mußten, keinerlei Entschädi-

- gung oder Rentenanrechnung für diese Jahre zukam, was sicher kein Anreiz für heutige Wehrpflichtige zur Ableistung des Wehrdienstes ist, und was gedenkt sie zu tun?
99. Abgeordneter
Egert
(SPD) Ist der Bundesregierung, die in einer Vorlage des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau erarbeitete Auffassung bekannt, daß Erwerbstätige ohne Kinder nur noch einen Rentenanspruch erwerben sollten, der „etwa auf dem Niveau der Sozialhilfe liegen könnte“, und teilt sie gegebenenfalls diese Auffassung?
100. Abgeordneter
Buschfort
(SPD) Wieviel beschäftigungspflichtige Betriebe im privaten und öffentlichen Bereich erfüllen nach dem Schwerbehindertengesetz ihre Beschäftigungsquote nicht oder nur teilweise?
101. Abgeordneter
Buschfort
(SPD) In wieviel Fällen wurden nach § 65 Schwerbehindertengesetz wegen Nichterfüllung der Beschäftigungspflicht Geldbußen verhängt, und hält die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Arbeitsverwaltung für die geeignete Behörde zur Durchsetzung der Beschäftigungspflicht?
102. Abgeordneter
Gilges
(SPD) Kann die Bundesregierung Berichte bestätigen, daß viele Schwerbehinderte eine Eigenbeteiligung von 120 DM für den Erwerb einer Jahresmarke zur Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel nicht auf einmal aufbringen können und dadurch gesetzlich garantierte Leistungen nicht wahrnehmen können, und wenn ja, sieht die Bundesregierung in einer Ratenzahlung durch den betroffenen Personenkreis eine Lösung dieses Problems?
103. Abgeordneter
Gilges
(SPD) Kann die Bundesregierung Berichte bestätigen, nach denen Schwerbehinderte eher von der Ermäßigung der Kraftfahrzeugsteuer Gebrauch machen als von der „Freifahrt“ für öffentliche Verkehrsmittel, und wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung diese Tatsache?
104. Abgeordneter
Reschke
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, kurzfristig ungerechtfertigte Nachteile, die bei der Neuregelung der Freifahrtberechtigung für Schwerbehinderte und bei der Kraftfahrzeug-Steuerermäßigung aufgetreten sind, zu beseitigen, insbesondere bei Pflegeheimbewohnern, Kriegsbeschädigten, die nicht unter die Besitzstandsregelung fallen und bei Beziehern kleinerer Einkommen?
105. Abgeordneter
Reschke
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, ob rechtzeitig alle Freifahrtberechtigungen zum Stichtag den Antragstellern ausgehändigt werden konnten, und wie hoch die Zahl der entgeltlich und unentgeltlich ausgegebenen Wertmarken sowie Kraftfahrzeug-Steuer-Begünstigungsbescheide gegenüber der Freifahrtberechtigung für Schwerbehinderte nach der alten gesetzlichen Regelung ist?
106. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-
Brücher
(FDP) Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, damit arbeitslose Junglehrer, die aus Deutschen Auslandsschulen nach dreibis fünfjähriger erfolgreicher Tätigkeit zurückkehren, wenigstens in den Genuß von Arbeitslosenhilfe oder anderer Hilfsmaßnahmen gelangen?

Bonn, den 30. März 1984